

Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen e.V.:

Umfrage zur kommunalen Kita-Politik – Zusammenfassung (Sommer 2026)

Im Juli 2026 wurden alle demokratischen Fraktionen der 56 niedersächsischen Kommunen mit eigenem Jugendamt zu ihren kita-politischen Plänen für die kommende Legislaturperiode befragt (Microsoft Forms, anonym). Von 275 Angeschriebenen antworteten 65 vollständig (Rücklauf ca. 25 %) – aus 45 verschiedenen Kommunen. Beteiligung von: CDU (8), SPD (13), Grüne/Bündnis 90 (21), Die Linke (13), FDP (8), Sonstige (2). Die Umfrage ist nicht repräsentativ, liefert aber ein aussagekräftiges Meinungsbild aus der kommunalen Praxis.

Zentrale Ergebnisse

- Reaktion auf sinkende Nachfrage nach Kita-Plätzen
33 % wollen freiwerdende Platzkapazitäten aktiv nutzen (z. B. für Familienzentren oder inklusive Kitas), 31 % wollen die Kinderzahl je Gruppe reduzieren. Viele nennen beides als Ziel. Nur eine Fraktion plant Schließungen; 11 % sind noch unentschieden. 24% haben entweder keinen Rückgang der Nachfrage oder haben andere Bedarfe: Kindertagespflege, Krippenausbau, Vertretung u.Ä.
- „Kita-Moratorium“ (gemeint ist eine 2–3jährige Bestandssicherung des Kita-Systems)
Breite Zustimmung: 47 % befürworten es ausdrücklich, nur 8 % lehnen es ab, 21 % sind unentschieden bzw. betonen einen „flexiblen Systemerhalt“. Zustimmung ist meist an eine Bedingung geknüpft: Die Zeit (des Kita-Moratoriums) müsse aktiv für Qualitätsentwicklung genutzt werden.
- Kleinere Gruppen als Strategie gegen Überlastung der Fachkräfte
73 % halten eine Reduzierung der Gruppengröße für eine gute Strategie gegen die Überlastung der Fachkräfte, nur 6 % widersprechen. Kommentare betonen: Gruppenreduzierung wirkt vor allem zusammen mit ausreichender Personalausstattung.
- Reduzierung der Gruppengrößen (Empfehlung: 18 statt 25 Kinder im Kindergarten, 12 statt 15 in der Krippe)
60 % der Fraktionen wollen die Gruppengröße „in Kürze“ reduzieren. Keine einzige Fraktion lehnt dies aus Kostengründen ab; keine einzige hält dies für nicht notwendig. 9 % haben noch keine Position, 31 % verknüpfen eine Gruppenreduzierung mit der Finanzierung vom Land und mit ausreichenden Fachkräften.
- Bedeutung von Kita-Aufgaben (Mehrfachnennung)
1) Vereinbarkeit von Familie und Beruf, 2) Frühkindliche Bildung/Sprachförderung, 3) Inklusion, 4) Soziales Lernen in der Gruppe, 5) Demokratiebildung, Wohlbefinden und Kinderschutz.
- Geplante Maßnahmen für die kommende Legislaturperiode (56 Antworten aus ca. 40 Kommunen):
Die Top 5: bessere Standards/Fachkraft-Kind-Schlüssel, Ausbau von Inklusion/I-Gruppen, mehr Qualifizierung/Ausbildung, Ausbau von Familienzentren, pädagogische Schwerpunkte sowie Fachberatung/Sanierung/flexible Öffnungszeiten. Bei den geplanten Maßnahmen lässt sich kein Parteimuster erkennen.

Fazit

Parteiübergreifend zeigt sich ein bemerkenswerter Konsens: Kita-Qualität ist Programm für die kommende Legislaturperiode. Statt bei sinkender Nachfrage Plätze abzubauen, will eine deutliche Mehrheit die Gelegenheit für kleinere Gruppen und bessere Rahmenbedingungen nutzen. Uneinigkeit besteht nicht beim „Ob“, sondern beim „Wie“ – bei Finanzierung, Zeitpunkt und bei der Verantwortung von Land und Kommune. Für das Bündnis ergibt sich daraus eine breite politische Basis für konkrete Umsetzungen: Qualität steigern statt Kitagruppen abbauen.

Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen e.V.

<http://www.buendnis-fuer-kinder-nds.de/>